



## **Innenausschuss**

### **91. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

29. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:47 Uhr

11:55 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder, Dr. Lukas Bartholomei

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

Der Ausschuss kommt überein, TOP 2 – Lobbyismus transparent machen - Einführung eines Lobbyregisters in NRW – auf die Oktobersitzung zu schieben.

TOP 5 – Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden – wird als neuer TOP 2 nach vorne gezogen.

#### **1 Die Zukunftsfähigkeit von Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen stärken – Engagement für die Initiative Open Government Partnership aufnehmen**

**8**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/12107

---

<sup>1</sup> Vertraulicher Teil siehe vAPr 16/71

Erörterung mit dem Beauftragten der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO), Herrn Hartmut Beuß, und Herrn Martin Lehrer M.A., Hauptreferent für Informationstechnologie (Städte- und Gemeindebund NRW) als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen

**2 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden** 17

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/11903

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Die Fraktionen verschieben eine Abstimmung, um noch die Möglichkeiten für einen gemeinsamen Antrag auszuloten.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)** 21

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4225 (Erl.band)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

**4 Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR)** 27

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12313

Vorlage 16/4275

– abschließende Beratung und Abstimmung

- 5 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden 29**

Vorlage 16/4188

– Anhörung des Ausschusses

Der Ausschuss beschließt, die Anhörung gemeinsam mit der Beratung zu Drucksache 16/12781 durchzuführen.

- 6 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des energiebedingten Klimaschutzes 30**

Vorlage 16/4189

nachrichtlich: Vorlage 16/4202

– Anhörung des Ausschusses

Die Anhörung des Innenausschusses hat stattgefunden.

- 7 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV) 31**

Vorlage 16/4239

Die Anhörung wird vertagt.

- 8 Opfer nicht aus dem Blick verlieren – Täter ermitteln und bestrafen 34**

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/10787

Und:

**Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.  
#Ausnahmslos.**

Antrag

des Abg. Schwerd (fraktionslos)

Drucksache 16/10800

(Ausschussprotokoll 16/1361)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/10787 wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

**9 Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts 35**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12366

(Ausschussprotokoll 16/1407)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12366 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

**10 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes 36**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12781

Stellungnahme 16/4209, weitere Stellungnahmen werden erwartet

**11 Islamistische Terrorgefahr frühzeitig erkennen, gezielt und nachhaltig bekämpfen 39**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/12835

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/12946

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

- 12 Vorwürfe gegenüber ehem. Leitung der EAE Burbach und ZUE Olpe** **40**  
*(siehe Anlage)*  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4283
- 13 Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen wegen Mängeln beim Digitalfunk auf Nutzung von Privathandys im Dienst angewiesen?** **43**  
*(siehe Anlage)*  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4271
- 14 Chaotischer Ablauf des Auswahlverfahrens für die Zulassung zur Förderphase vor dem Studium zum höheren Polizeivollzugsdienst?** **44**  
*(siehe Anlage)*  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4272
- 15 Social Media Nutzung der Polizei** *(siehe Anlage)* **46**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4273
- 16 Wegweisend oder wegweisend?** *(siehe Anlage)* **47**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4274
- 17 Aktuelle Erkenntnisse zur Anschlagsplanung eines in Köln festgenommenen 16-jährigen Syrers** *(siehe Anlage)* **49**  
Bericht der Landesregierung



## 10 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12781

Stellungnahme 16/4209, weitere Stellungnahmen werden erwartet

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Ich habe die kommunalen Spitzenverbände gemäß § 58 der Geschäftsordnung um Stellungnahme gebeten. Bis zum erbetenen Termin traf die Stellungnahme 16/4209 des Landkreistages ein. Ich schlage vor, nach dem heutigen Beratungsauftritt über das weitere Verfahren, insbesondere über den angestrebten Beratungsabschluss zu befinden.

**Werner Lohn (CDU):** Ich hätte gedacht, es würde jetzt die angekündigte Wortmeldung von Frau Schäffer kommen. – Der Landkreistag beklagt einen Systembruch und einige Ungereimtheiten in der Gesetzesformulierung. Kann die Landesregierung dazu Stellung nehmen?

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Es handelt sich grundsätzlich um eine Art „Lex Leverkusen“ oder „Lex A1“. Was ist der Grund, so zu verfahren? Gab es vor Gericht verlorene Verfahren, aufgrund dessen jetzt eine neue gesetzliche Grundlage benötigt würde?

**Thomas Stotko (SPD):** Was sagen Städtetag und Städte- und Gemeindebund zu der Aussage des Landkreistages? Das wissen wir doch noch gar nicht, weil deren Stellungnahmen noch nicht vorliegen.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Ein Hinweis zur Aufklärung: Stichtag war der 27. September 2016. Bis jetzt ist jedoch nur eine Stellungnahme des Landkreistages eingegangen. Das kann ja gegebenenfalls auch so bleiben. Wir wissen es nicht.

**Ministerialdirigent Thomas Ciemiga (MIK):** Anlass für den Gesetzentwurf, Herr Herrmann, ist, wie in der Problemschilderung des Gesetzentwurfs dargestellt, die erheblich gestiegene Belastung auf die Verkehrsinfrastruktur infolge des deutlich gewachsenen Verkehrsaufkommens und der Erhöhung der Transportleistung um 84 %. Es wird davon ausgegangen, dass von den vor 1985 errichteten Brückenbauwerken in den nächsten Jahren 60 % saniert werden müssen. Es kommt ein erheblicher Druck auf die Verkehrsinfrastruktur zu, die für die angebotenen Kommunen ja eine erhebliche Erschließungsleistung erbringt.

Um diesem Druck standzuhalten, sollte der Kreis der überwachungsberechtigten Institutionen erweitert werden. Im Moment ist dafür die Polizei zuständig, liegen keine Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit oder Nichtbeachtung der Lichtzeichenan-

lagen vor, auch die Kreisordnungsbehörden. Bei den bevorstehenden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen besteht ein erhebliches Interesse nicht nur der Kreisordnungsbehörden, also der Kreise und kreisfreien Städte, sondern teilweise eben auch der großen kreisangehörigen Städte. Diesem Interesse sollte dadurch Rechnung getragen werden, dass auch die großen kreisangehörigen Städte in Zukunft für die Überwachung der Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsverbote zuständig sein dürfen. Daher wird der Kreis in dem Gesetzesentwurf erweitert.

Insofern sieht der Landkreistag den Systembruch, weil jetzt auf Autobahnen mit stationären Überwachungsanlagen die Kreisordnungsbehörden die Befolgung der Höchstgeschwindigkeit überwachen dürfen, gleichzeitig aber auch auf Autobahnen die Überwachung der Verkehrsverbote zum Schutz der Verkehrsinfrastruktur durch die kreisangehörigen Städte möglich ist. Auf einer Straßenart – Autobahn – gibt es dann zwei, wenn man die Polizei dazu zählt, drei Institutionen, die überwachen dürfen.

Es geht dabei aber um verschiedene Überwachungszwecke. Wenn die Kreisordnungsbehörden auf Autobahnen mit stationären Anlagen messen, dann zur Sicherung von Gefahrenstellen. Hier geht es aber nicht um Gefahrenstellen, sondern um Verkehrsinfrastruktur. Teilweise gibt es diesbezüglich Überschneidungen, zum Beispiel wenn eine Geschwindigkeitsbegrenzung an einer Baustelle angezeigt wird, gleichzeitig die Baustelle aber zum Nutzen der Verkehrsinfrastruktur eingerichtet wird. Dabei können sich die Aufgaben von Kreisordnungsbehörden und großen kreisangehörigen Städten überschneiden. Beide haben dann theoretisch die Möglichkeit, an dieser Stelle zu überwachen. Aber man kann in solch einem Fall auch miteinander reden und es in der Verwaltungsvorschrift festlegen. Schließlich müssen auch die großen kreisangehörigen Städte einen Antrag über eine Überwachungszuständigkeit stellen. Diesen Antrag würden dann wiederum Kreisordnungsbehörden bescheiden.

Dass der Landkreistag von „Systembruch“ spricht, ist meiner Meinung nach zu negativ behaftet. Es ist schlicht etwas Neues, etwas, was es bisher noch nicht gegeben hat. Es handelt sich aber nicht um einen logischen Bruch im Zusammenspiel der Behörden.

**Werner Lohn (CDU):** Vielen Dank für die detaillierte Ausführung. Wenn wir nicht von einem „Systembruch“ sprechen wollen, könnte man es „Zuständigkeitswirrwarr“ nennen. Das würde die Situation zutreffend beschreiben.

Eine letzte etwas provozierende Frage: Warum sollen die Kommunen auf eigene Initiative die Zuständigkeit beantragen? Besteht die Möglichkeit, dadurch mehr Einnahmen zu generieren oder haben diese ein Interesse daran, Bundes- und Landstraßen zu erhalten?

**Ministerialdirigent Thomas Ciemiga (MIK):** Die Maßnahmen dienen der Verkehrsinfrastruktur. Am liebsten wären den angebundenen Kommunen Einnahmen bei null, dann wären nämlich die Gewichtsbeschränkungen eingehalten. Insofern besteht also durchaus Interesse an den Maßnahmen, aber kein Interesse, die Einnahmen aus Bußgeldern zu erhöhen.

Der Entwurf wurde, so wie er ist, natürlich bei uns im Anhörungsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Ich würde die Landkreistagstellungnahme nicht so lesen, dass der Landkreistag den Gesetzentwurf ablehnt, denn die Stellungnahme leitet damit ein, dass der Gesetzentwurf begrüßt wird. Es wird allerdings noch eine zusätzliche Anregung gegeben. Dieser Anregung sind wir im Verfahren aber nicht gefolgt, weil sie nicht zwingend ist, und die besseren Argumente dafür gesprochen haben, die großen kreisangehörigen Städte an der Überwachungsmöglichkeit teilhaben zu lassen.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Sollen die möglichen Stellungnahmen, die noch eingehen könnten, obwohl die Frist abgelaufen ist, noch abgewartet werden oder sieht sich der Ausschuss schon in der Lage, über den Gesetzentwurf der Landesregierung abzustimmen? Es besteht keine Zeitnot.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Was macht es denn aus, die Stellungnahmen noch abzuwarten?)

– Das war ja meine Frage, Frau Schäffer.

**Werner Lohn (CDU):** Wir können uns auch dem Vorschlag anschließen, abzuwarten. Wenn wir uns entschließen, abzustimmen, würden wir uns enthalten und hoffen, dass wir nicht so negative Erfahrungen machen werden, wie zu erwarten ist.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Soll die Stellungnahme abgewartet oder soll abgestimmt werden?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Stellungnahme abwarten!)

– Wir werden auch diesen Punkt in der nächsten Sitzung behandeln. Wenn die Stellungnahmen in der nächsten Woche da sind, brauchen wir nicht zu warten.

